

## **Hinweis zum Datenschutz - Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO**

### **Psychologische Beratungsstelle**

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) und des Achten Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung (SGB VIII).

#### **1. Verantwortlichkeit für die Datenverarbeitung und Datenschutzbeauftragter**

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Aufgabenerfüllung der Psychologischen Beratungsstelle nach dem SGB VIII ist das Landratsamt Konstanz:

Landratsamt Konstanz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Otto-Blesch-Straße 49, 78315 Radolfzell,  
T: +49 7531 800-2700, E-Mail: Jugendamt@LRAKN.de

Den zuständigen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie wie folgt:

Landratsamt Konstanz, Datenschutzbeauftragter, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz,  
T: +49 7531 800-0, E-Mail: Datenschutzbeauftragter@LRAKN.de

#### **2. Verarbeitungszweck**

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerfüllung nach dem SGB VIII verarbeitet, insbesondere zum Zwecke der Beratung.

#### **3. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Die Datenverarbeitung stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DSGVO i.V.m. § 4 LSDG-BW, §§ 61 - 68 SGB VIII, SGB X, § 203 StGB

#### **4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen die Daten offengelegt werden**

An der Beratung beteiligte Mitarbeitende des Amtes für Kinder, Jugend und Familie; im Falle einer akuten Gefahr für Leib und Leben (z.B. Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII) die zuständigen Fachkräfte des Amtes für Kinder, Jugend und Familie.

Mit Ihrer Zustimmung können wir im Krankheitsfall eines Beraters/einer Beraterin Termine absagen und im Vertretungsfall bei Bedarf Einblick in die Dokumentation nehmen. Mit anderen Institutionen oder Personen (z.B. Schulen, Ärzten, niedergelassenen Therapeuten) können wir mit Ihrer Zustimmung kooperieren. Eine Datenweitergabe an das Statistische Landesamt erfolgt nur anonymisiert in Form von statistischen Sammeldaten.

#### **5. Speicherdauer im Einzelfall**

Die Speicherung der Sozialdaten erfolgt soweit und solange sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach dem SGB VIII erforderlich ist und für die Zwecke erfolgt, für die die Daten erhoben oder übermittelt worden sind. Die Erforderlichkeit richtet sich nach dem Einzelfall bzw. nach der Art der Aufgabe:

- Beratungsfall: 1 Jahr ab Beginn des Folgejahres, in welchem das letzte Schriftstück eines Vorgangs zu den Akten gegeben wurde
- Beratungsfall mit Sexualstraftaten: 70 Jahre ab Vollendung des 30. Lebensjahres
- Elternkonsens: 5 Jahre ab Beginn des Folgejahres, in welchem das letzte Schriftstück eines Vorgangs zu den Akten gegeben wurde
- ieF (insoweit erfahrene Fachkraft) Beratung: 5 Jahre ab Beginn des Folgejahres, in welchem das letzte Schriftstück eines Vorgangs zu den Akten gegeben wurde
- In Beratung eingeschätzter Verdacht einer Kindeswohlgefährdung (mit Meldung): 70 Jahre ab Vollendung des 30. Lebensjahres
- In Beratung eingeschätzter Verdacht einer Kindeswohlgefährdung (ohne Meldung – da nicht genügend Anhaltspunkte vorliegen oder eine Gefährdung abgewendet werden kann): 5 Jahre ab Beginn des Folgejahres, in welchem das letzte Schriftstück eines Vorgangs zu den Akten gegeben wurde



## **6. Kategorien personenbezogener Daten**

**Stammdaten:** Familienname, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Familienstand, Sorgerecht, Kindergarten, Schule und Schulklasse, Art und Dauer der in Anspruch genommenen Hilfe/Leistung der Jugendhilfe.

## **7. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO). Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO die unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung dieser Daten verlangen. Sie haben das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten, wenn hierfür die Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO vorliegen. Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z.B. dann in Betracht, wenn das Jugendamt die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

Die Übermittlung personenbezogener Daten für andere als den gesetzlichen Zweck ist über die rechtlichen Regelungen zur Übermittlungsbefugnis von Sozialdaten nach dem SGB VIII und X nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat. Die Einwilligung kann nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit gegenüber der Stelle, der die Einwilligung erteilt wurde widerrufen werden.

## **8. Beschwerderecht**

Im Hinblick auf mögliche Verletzungen Ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie bei der folgende Aufsichtsbehörde Beschwerde einlegen:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, T: +49 711 615541-0, F: +49 711 615541-15, E-Mail: [poststelle@lfdi.bwl.de](mailto:poststelle@lfdi.bwl.de)



## **Psychologische Beratungsstelle**

### **Schweigepflichtentbindung**

Vertraulichkeit ist die Grundlage unserer Beratung. Alle Mitarbeitenden unterliegen der gesetzlichen Schweigepflicht (§ 203 StGB) und der Pflicht zum Schutz anvertrauter Daten (§ 65 SGB VIII).

Die folgende Entbindung der Schweigepflicht ist freiwillig. Sie kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden, ohne dass deswegen Nachteile zu befürchten sind. Die Erklärung kann zudem jederzeit für die Zukunft widerrufen werden.

Ich entbinde meine Beratungs-Fachkraft und das Fachkollegium des Teams der Psychologischen Beratungsstelle wechselseitig von der Schweigepflicht, um

- mir Termine abzusagen bzw. mitteilen zu können.
- im Vertretungsfall ggf. Einblick in die Dokumentation nehmen zu können.
- Fallbesprechung/ Supervision mit Namensnennung mit dem Fachkollegium durchzuführen.
- Sonstiges:

Hiermit stimmt die unterzeichnende Person der Entbindung der beratenden Fachkraft von der Schweigepflicht zu. Eine Rechtsbelehrung ist erfolgt.

---

Name, Vorname

---

Ort, Datum

---

Unterschrift